

Lettland

Karlis Bukovskis*

Lettlands Außen- und Europapolitik ist von einem wachsenden Selbstbewusstsein in internationalen Angelegenheiten geprägt. Lettland bezieht seinen internationalen Status nicht nur aus seiner Mitgliedschaft in der EU, der Eurozone und der NATO, sondern übt zusehends auch selbst Druck auf andere Staaten aus. Da die westlichen Partnerländer Lettland, Estland und Litauen als eine langfristige Investition sehen, spürt das Land die Verpflichtung, sich in internationale Prozesse einzubringen und seiner unmittelbaren Nachbarschaft verantwortungsvoll zu begegnen. Die wichtigsten Partnerländer bleiben die USA und Kanada innerhalb der NATO sowie Deutschland und Schweden in der EU.

Lettland hat die europäische Integration traditionell immer dann befürwortet, wenn sie das Land besser vor unerwünschten globalen Verwerfungen schützt, die innerstaatliche Regulierung vorantreibt und dem Land neue Instrumente der internationalen Beziehungen bietet. Das Land unterstützt den weiteren Ausbau des Binnenmarktes, inklusive des digitalen Wandels sowie den Schengen-Raum, den Europäischen Grünen Deal, eine EU-Erweiterung und die Einrichtung einer EU-Aufsichtsbehörde zur Geldwäschebekämpfung. Darüber hinaus befürwortet Lettland eine Vertiefung der Integration im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, um die sozioökonomischen Ungleichheiten in der EU zu verringern. Lettland ist der Auffassung, dass den EU-Institutionen nur dann Entscheidungsbefugnisse übertragen werden sollten, wenn diese von direktem Nutzen für EU-Bürger sind, und es bevorzugt ein schrittweises Vorgehen bei der weiteren EU-Integration.

Eine deutsche Führungsrolle ist für die Letten von zentraler Bedeutung für die Stabilität der EU. Lettlands Unterstützung für die deutsche Europapolitik, auch in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in der EU, wurde in aller Deutlichkeit ausgesprochen. Die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021–2027 und des Aufbauplans NextGenerationEU stellten für das Land die größten Erfolge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dar. Lettland wurden für den neuen MFR 2,48 Mrd. Euro an Darlehen und 10,53 Mrd. Euro an Zuschüssen gewährt, was eine Steigerung von fast 40 Prozent gegenüber dem vorherigen MFR bedeutet, und Zuschüsse, die höher als der gesamte Jahreshaushalt des Landes sind. Im Juni 2021 billigte und lobte die Europäische Kommission Lettlands 1,8 Mrd. Euro schweren Aufbau- und Resilienzplan. Die Abhängigkeit von EU-Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen ist jedoch zunehmend zu einem Hindernis für die Vermarktung und Entwicklung eigener wettbewerbsfähiger Produkte sowie für effizienzorientierte Fusionen und Übernahmen unter lettischen Unternehmen geworden.

Auch wenn der Brexit in Lettland als eine bedauernswerte Schwächung der EU und des Westens wahrgenommen wird, hält man ihn für bestmöglich geordnet. Lettland ist zufrieden mit dem Austrittsabkommen sowie dem neuen Handelsabkommen. Das Vereinigte Königreich (VK) nimmt weiterhin eine große Zahl der lettischen Diaspora auf. Zwischen der EU und dem VK wurden außerdem weder Zölle noch Handelsquoten eingeführt. Darüber hinaus bleibt das VK ein unverzichtbarer Sicherheitspartner für Lettland.

* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

Lettland verhängte zu Beginn der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 einen sehr harten Lockdown inklusive einer eher unglücklichen Ausgangssperre an Feiertagen und Wochenenden, um das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Das lettische Gesundheitssystem ist nach Ansicht der Regierung immer noch anfällig und schwach. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt gibt das Land deutlich weniger für das Gesundheitswesen aus. Nachdem die Europäische Kommission die fiskalpolitischen Auflagen gelockert hatte, verwendete Lettland die zusätzlich frei gewordenen Mittel jedoch nicht für die grundlegenden Anforderungen im Kampf gegen die Pandemie. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des nationalen Gesundheitssystems, einschließlich der Krankenhausinfrastruktur, sind nun an die Finanzierung durch die Aufbau- und Resilienzfähigkeit gebunden.

Die Stabilität und Führungsstärke während der deutschen Ratspräsidentschaft, der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl sowie das Ende der Brexit-Verhandlungen und die Verabschiedung des neuen MFR werden als Anzeichen einer erneuten Stabilität des Westens gewertet. Vor dem Hintergrund des wachsenden globalen Einflusses und der politischen Präsenz Chinas, den wiederkehrenden regionalen Sicherheitsbedrohungen durch Russland und der allgemeinen Instabilität der Region ist die lettische Außenpolitik sichtbarer und durchsetzungsfähiger geworden. Das Land ist sich der zunehmenden globalen Polarisierung bewusst und möchte seinen westlichen Partnern gegenüber Loyalität bekunden. So überwindet Lettland auch langsam seine Scheu in außenpolitischen Fragen zugunsten einer eigenen Stimme. Das Land möchte weder mit postsowjetischen Ländern noch mit national-konservativ ausgerichteten EU-Mitgliedstaaten in Verbindung gebracht werden. Im Juni 2021 äußerte sich Lettland daher besorgt über die Gesetzgebung zur Diskriminierung sexueller Minderheiten in Ungarn.

Die jüngste Außen- und EU-Politik Lettlands ist vor allem mit der Gewalt und dem internationalen Aufschrei zu den Maßnahmen der belarussischen Regierung nach den dortigen Wahlen in Verbindung zu bringen. Lettland agierte in der Vergangenheit eher zurückhaltend in außen- und europapolitischen Fragen und stand hierbei nicht für lautstarke, schrille oder auch bedingungslose Positionen. Die Beziehungen zu Belarus haben sich jedoch innerhalb eines Jahres dramatisch verschlechtert – von der vorsichtigen Unterstützung der demokratischen Opposition bis hin zum Abbruch jeglicher diplomatischer Beziehungen im Juni 2020. Nach den Wahlen im August 2020 unterstützte Lettland offen die belarussischen Oppositionsführer, erkannte die Wahlergebnisse nicht an und forderte Sanktionen gegen die politische Führung. Darüber hinaus konnte Lettland den Ausschluss von Belarus als Partner und Mitveranstalter der IIHF-Eishockey-Weltmeisterschaft im Mai 2021 erwirken, verurteilte mit aller Schärfe die rechtswidrige Umleitung des Ryanair-Flugs von Vilnius nach Minsk, ordnete der nationalen Fluggesellschaft AirBaltic an, den belarussischen Luftraum zu meiden, und wies, als Vergeltung für eine ähnliche Maßnahme der belarussischen Führung, alle belarussischen Diplomaten aus Riga aus.

Die Situation mit Belarus zeigt deutlich, dass Lettlands geografische Nachbarn nicht notwendigerweise auch Nachbarn im Geiste sind. In Abgrenzung zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern wird das Aufzeigen sowjetischer Vergangenheit und postsowjetischer Züge immer prägender für die lettische Außen- und EU-Politik. Der Einsatz für Multilateralismus und ein internationales System, das auf Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz von Demokratie und Menschenrechten basiert, steht somit ganz oben auf der neuen außenpolitischen Agenda eines international immer selbstbewussteren Lettlands.

Weiterführende Literatur

Andris Spruds/Sintija Broka (Hrsg.): *Latvian Foreign and Security Policy, Yearbook 2021*, Riga 2021.